

18./X. 1917

## Die Pflicht der Stunde.

Der Krieg dauert fort. Tag für Tag fallen Tausende auf den Schlachtfeldern. Tag für Tag werden in Feld- und Reservespitalern Arme und Beine zu Hunderten amputiert. Tag für Tag wandern Tausende in das bittere Elend der Kriegsgefangenschaft. Immer neue Jahrgänge werden ausgehoben. Immer drückender werden in allen Ländern Lebensmittelnot und Teuerung. Die Völker ertragen Unerhörtes, Beispiellofes.

Die Regierungen, alle Regierungen, wissen sehr genau, daß in dem furchtbaren Ringen kein vollständiger Sieg, keine völlige Vernichtung der feindlichen Heeresmacht zu erreichen ist. Sie wissen sehr genau, daß dieser furchtbarste Krieg nicht anders enden kann als mit einem Verständigungsfrieden, der keinem Staate wesentlichen Machtzuwachs, keinem Volke eine Erweiterung seines Nahrungsspielraumes bringen wird. Aber eben deshalb fürchten die Regierungen den Frieden. Denn wie sollen sie, wenn das Volk nach dem Kriege ärmer, viel ärmer sein wird als vor ihm, die ungeheuren Opfer rechtfertigen, die das Volk gebracht hat? Wie die furchtbare Frage beantworten, wozu denn eigentlich dieser Krieg unternommen, zu welchem Zwecke er geführt worden ist? Die Regierungen, alle Regierungen diesseits wie jenseits der Schützengräben, zittern vor dem Tage nach dem Friedensschluß, an dem sie werden Rechnung legen müssen, was die Politik, die den Krieg verschuldet, den Völkern gebracht und was sie den Völkern gelöst hat. So warten sie denn noch immer auf das Wunder, das die vollständige Verschmetterung des Feindes und damit einen Siegesfrieden ermöglicht, der die Nation durch reiche Siegesbeute für alle Kriegsoffer zu entschädigen vermöchte. Aber das Wunder will nicht kommen.

Der Unmut der Völker wächst. Bald da, bald dort fällt eine Regierung ihm als Opfer. Aber die neue Regierung, die an die Stelle der gestürzten tritt, ist zum Frieden nicht mehr bereit als ihre Vorgängerin. In Italien ist vor kurzem erst die Regierung gestürzt worden und eine neue an ihre Stelle getreten. In Frankreich tritt Clemenceau an die Stelle Painlevés. Selbst in England ist Lloyd-George, gestern noch der allmächtige Diktator, nicht mehr unangefochten. Aber all das ändert im Wesen nichts. Eine imperialistische Regierung fällt; aber der Imperialismus bleibt. Es wäre töricht, auf bloßen Personenwechsel in London, Paris und Rom irgend welche Hoffnungen zu setzen. Nur als Symptom sind diese einander schnell folgenden Ministerkrisen wichtig; nur als Anzeichen der wachsenden Unzufriedenheit in allen Ländern.

Ganz anderer Natur als die politischen Geplänkel im Westen sind die großen Schlachten, die im russischen Bürgerkrieg geschlagen werden. Da geht es nicht um bloßen Personenwechsel. Da wird in erbittertem Kampf zwischen Klasse und Klasse, zwischen Prinzip und Prinzip entschieden. Noch ist der Bürgerkrieg nicht beendet, die Krise nicht gelöst. Aber eines scheint schon heute klar zu sein: Kerenski, Kornilow und Kaledin haben nicht gesiegt. Eine Militärdiktatur, die das Proletariat der Bourgeoisie, die Rußland dem britisch-französischen Imperialismus ausliefern würde, wird in Rußland nicht aufgerichtet werden. Aus der Krise wird eine Regierung der sozialistischen Parteien hervorgehen, an der jedenfalls die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki teilnehmen werden; ob auch die Bolschewiki in der Regierung vertreten sein werden, ist noch ungewiß. Die imperialistische Bourgeoisie wird an dieser Regierung keinen Teil haben. Und die Macht dieser Regierung ist gesichert, da die Armee an der Front, die Eisenbahner im Hinterland, die Gemeindevertretungen der großen Städte diese Lösung fordern und auch die Bauern, deren Vertrauen vornehmlich die Sozialisten-Revolutionäre genießen, mit dieser Lösung sicherlich zufrieden sein werden. Damit aber wird ein großer Schritt vorwärts getan sein. Denn eine sozialistische Regierung, eine Regierung, die sich auf Arbeiter und Angestellte, Bauern und Soldaten stützt, eine Regierung, die nicht mehr unter dem Einfluß der nationalistischen Bourgeoisie steht, wird die Beendigung des Krieges tatkräftig betreiben müssen.

Der Aufstand der Bolschewiki hat Frieden und Waffenstillstand auf die Tagesordnung gestellt. Nur die Niederwerfung des russischen Proletariats, nur die

Militärdiktatur eines Kornilow oder Kaledin hätte das russische Volk in die Gefolgschaft des britischen Imperialismus zurückführen können. Aber die russischen Soldaten sind Kornilow und Kaledin nicht gefolgt, das russische Volk hat gegen sie entschieden. Die Demokratie kommt in Rußland zur Macht. Und die Bereitschaft zum Frieden ist das erste Gesetz der russischen Demokratie.

Damit ist den Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ihre Aufgabe gestellt. Der Augenblick, in dem sie mit denkbar größter Aussicht auf Erfolg ein Friedensangebot stellen können, ist gekommen. Wenn jetzt die Mittelmächte ihre Feinde zu Friedensverhandlungen, zu Verhandlungen über einen Frieden ohne wirkliche oder verhüllte Annexionen einladen, so wird die sozialistische Regierung Rußlands nicht "Nein!" sagen. Sie wird von England, Frankreich und Italien verlangen müssen, daß sie sich zu Verhandlungen auf solcher Grundlage bereit zeigen, und wird sich auch ohne die Verbündeten an den Verhandlungstisch setzen müssen, wenn diese dreist genug sein sollten, die Verhandlungen zu verweigern, das große Rußland zur Fortführung des Krieges zwingen zu wollen. Damit aber wird auch im Westen und Süden die Friedensfrage auf die Tagesordnung gestellt werden. Die Friedensbewegung wird auch in England, Frankreich und Italien unwiderrstehlich werden, wenn die Mittelmächte unzweideutig bekunden, daß sie kein Recht und kein Lebensinteresse ihrer Nachbarn verletzen wollen, und wenn Rußland unzweideutig erklärt, daß es nicht mehr das Blut seiner Söhne vergießen will, um dem britischen Kapital zu dienen. Der Weg zum Frieden ist also gangbar, sobald die sozialistische Regierung in Rußland eingesetzt ist. Die Regierungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands könnten es vor ihren Völkern nie und nimmer verantworten, wenn sie den günstigen Augenblick ungenützt vorübergehen ließen. Die Stunde ist da. Sie zu nützen ist Pflicht.